

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872**

30.11.1872 (No. 284)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 30. November.

Nr. 284.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.  
Einzugsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember werden bei der Expedition sowohl als bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. November d. J. allergnädigst bewogen gefunden, die beiden Ehrenräthe Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin, Freifräulein Marie von Schönau-Wehr und Freifräulein Luise von Gayling zu Hofdamen höchster Selben zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 16. November d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Invaliden Adolf Mantel von Bräunlingen, früher Kanonier der reitenden Batterie des Großh. Feld-Artillerie-Regiments, die silberne Karl-Friedrich-Militär-Verdienstmedaille zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 28. Nov. Das Abgeordnetenhaus beschloß heute zunächst mit der Beratung des Mallinckrodt'schen Antrags, betr. die Ausschließung der Mitglieder der geistlichen Kongregationen von der Lehrfähigkeit an öffentlichen Volksschulen. Dem Vorschlag des Antragstellers gegenüber, daß das Ministerialreskript vom 15. Juni eine Verfassungsverletzung involviere, erklärt der Kultusminister: Artikel 24 der Verfassung, in dessen Geiste ich bei dem Erlasse jenes Reskripts handelte, anerkennt ein freies staatliches Bestätigungsrecht. Die Frage der Bestätigung hängt von der gewissenhaften Prüfung der Staatsorgane ab. Hält die Regierung die Anstellung gewisser Personen im Lehramte für unstatthaft, so hat sie die Pflicht, dies offen auszusprechen. Die meisten der von dem Reskript betroffenen Personen gehören Kongregationen mit einem geistlichen, in bestimmten Fristen zu wiederholenden Gelübde an. Wird dies Gelübde nicht wiederholt, so steht denselben kein Hinderniß entgegen. Bei der geringen Zahl der männlichen Schulbrüder kommen eigentlich nur Schulschwester in Betracht. Das Gesetz macht aber das Schulanntreten den Frauen nicht zugänglich. Das Gesetz kennt nur Männer. Wenn die Verwaltung aus Zweckmäßigkeitsgründen Frauen zuließ, so kann dieselbe auch auf dem Verwaltungswege wieder Abänderungen treffen. Artikel 112 der Verfassung konstituiert die gegenwärtige gesetzliche Bestimmung. Artikel 4 schließt genauere Anweisungen über die Anstellung, wie beispielsweise die Prüfungsordnung, die Niemand verfassungswidrig nennt, nicht aus. Ueber den Ausschluß der Schulschwester entscheiden nicht pädagogische Gründe; aber ich mußte fragen: Können Schulschwester zu Freiheit, Patriotismus, unbedingter Hingabe an die Zwecke des Vaterlandes erziehen? Die Regierung kämpfte einen harten Kampf um die Schulaufsicht. Den Schulschwester gegenüber, welche das Ge-

lütze des Gehorsams gegen auswärtige Obern haben und Rom gegenüber nicht selbständig sind, konnte die Aufsicht nicht genügend gehandhabt werden. Das Reskript wurde nach reiflicher viermonatlicher Prüfung erlassen, nachdem ich aus den Berichten mit den Orden die Ueberzeugung gewonnen, daß es so nicht weiter gehen konnte. Die Verwaltung meines Amtsvorgängers trug theilweise Schuld an den bestehenden Zuständen; einer gleichen Sünde wollte ich nicht theilhaftig sein und mit durchgreifender Verfügung den Abhängigkeitsgeist bannen, in welchem die Schulschwester stehen. Der Minister weist mit Zahlen die von Jahr zu Jahr eingetretene Vermehrung der Ordensmitglieder nach, welche an öffentlichen und Privatanstalten lehren, und fügt hinzu: Hier mußte ein Niegel vorgeschoben werden. Auf eine Kränkung der katholischen Religion und Kirche ist es nicht abgesehen. Wenn aber die katholische Kirche verlangt, daß der Staat alle ihre Institutionen als heiligt adoptirt, so geht sie über ihre Befugnisse hinaus. Der Staat verlangt die Unterwerfung unter die Staatsgesetzgebung. Das ist keine Ehrenkränkung. Es handelt sich überhaupt nicht um Ehre, sondern um Recht. Der Kampf, der uns aufgezwungen worden, dreht sich um Rechtsinteressen. Wir nahmen ihn hier und gegen alle katholischen Vereine und Wanderversammlungen, welche von Ehrverletzung gegen die katholische Kirche predigen, auf. Diesen Kampf können wir nur siegreich führen, wenn das Volk hinter uns steht. Verwerfen Sie darum den Antrag Mallinckrodt und stimmen Sie meiner Verfügung bei. (Stürmischer Beifall.)

† Berlin, 28. Nov. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Antrag Mallinckrodt in namentlicher Abstimmlung mit 242 gegen 83 Stimmen ab und nahm die motivirte Tagesordnung an, nachdem Strofer für, Graf Bethusy-Huc, unter lebhafter Anerkennung der energischen Rede des Kultusministers, gegen den Mallinckrodt'schen Antrag gesprochen hatten. Nächste Sitzung morgen.

### Deutschland.

Strasburg, 27. Nov. Man schreibt der „D. Presse“ und ähnlich der „Allg. Ztg.“: Die Pariser „Liberté“ bringt unterm 23. d. eine Korrespondenz aus Strasburg, in welcher berichtet wird, daß Hr. Fischbach die Erlaubniß der deutschen Regierung für eine Zeitung erhalten habe. Dieses Blatt sollte, wie wir aus anderer Quelle wissen, „Journal d'Alsace“ heißen, zweisprachig sein und in größerem Style angelegt werden. Die „Liberté“ triumphiert, daß nun endlich ein Blatt komme, welches die französische Politik in geheimer Weise behandeln könne, „sie wird“, schließt der Strasburger Korrespondent — „ihre Leser auf dem Laufenden halten über das, was in unserem alten — nein, kurzgefaßt — in unserem Vaterlande sich ereignet.“ Der Jubel war verfrüht, Hr. Fischbach hat die Erlaubniß nicht erhalten. Allen, und zwar sehr sicheren Anzeichen nach wäre die Zeitung ein Organ des städtischen Franzosenthums geworden. Daß die Regierung nicht die freie Meinungsäußerung hindern will, zeigt der „Industriel alsacien“ in Mülhausen und der „Niederrh. Kur.“ deutlich. Zugleich knüpft die Regierung, wie man hört, das Erscheinen des Blattes keineswegs an eine unerfüllbare oder willkürlich zu deutende Bedingung, wie es etwa der Fall wäre,

wenn sie erklärte, die weitere Beruhigung des Landes abwarten zu wollen, sondern an eine sehr leicht erfüllbare und klar formulirte. Sie bestand und besteht darin, daß eine Anzahl erfahrener Notabeln zu einer Art von Zeitungskomitee zusammentreten und gemeinsam ein Programm vereinbaren, dessen Formulirung vollständig ihnen überlassen wäre. Bis heute ist diese Bedingung nicht erfüllt, und deshalb ist auch wohl Hr. Fischbach auf sein wiederholtes Begehren ein abschlägiger Bescheid zu Theil geworden. Zunächst wird darüber Niemand betrübt sein, als die Franzosen und Gambettisten des Landes.

Strasburg, 28. Nov. Die klägliche Noth reichsfeindlicher Korrespondenten „aus Elsass-Lothringen“ zeigt sich wohl noch niemals deutlicher als in einer jüngsten Mittheilung der — „Frankf. Ztg.“ über das „böse Blut“, welches es in „Elsass-Lothringen“ verursacht haben soll, daß einige Maler, vulgo Anstreicher, für das Neumalen der Schilde an einigen Schul- und Gemeindehäusern höhern Lohn verlangt haben sollen, als ihnen zutram. So zu lesen in Nr. 333 des genannten Papiers vom 28. November. — Eine Anzahl Ungenannter hat es sich in den Kopf gesetzt, schon im nächsten Karneval auch hier einen sog. „Karrenhund“ zu stiften, der in Nachahmung der Vorbilder von Köln, Mainz u. s. w. auch unsere ober-rheinische Hauptstadt mit farnevalistischem Treiben ergötzen will. Das Für und Wider der öffentlichen Meinung hält sich diesem Plane gegenüber so ziemlich die Waagschale. Wenn aber die Sache, wie es neuestens scheint, mit Geschick und Takt weitergeführt wird, so werden sich die Freunde des Unternehmens sicher bald mehren, — warum nicht? Dem Frohsinn und der Laune gebührt überall ihr Recht. Um Eines besonders werden aber die Angehörigen aller Richtungen bitten: die hohe Politik bei der Sache aus dem Spiel zu lassen.

Berlin, 27. Nov. In seiner heutigen Sitzung trat das Abgeordnetenhaus in die Beratung des bekannten Antrags des Abgeordneten Reichensperger (Olpe), betreffend den römisch-katholischen Religionsunterricht an dem Gymnasium zu Braunsberg.

Der Antragsteller ist sich wohl bewußt der Antipathien, welche in der Regierung und im Lande gegen die Rechte und Interessen der katholischen Minorität herrschen (Widerpruch), aber er hofft, daß sich das Abgeordnetenhaus bei Erwägung rechtlicher Fragen nicht von Antipathien leiten lassen: sonst werde das geflügelte Wort Bismarck's zur Wahrheit, daß der Parlamentarismus sich durch sich selbst ruiniren müsse. Die Regierung habe zwar das Reskript des Kultusministers v. Müller vom 29. Juni 1871, welches den Hauptanstoß zu seinem Antrage gegeben habe, beilegt, aber daß ein verehrlicher Staatsmann sich überhaupt in einem amtlichen Erlaß so habe äußern können, wie Hr. v. Müller, sei eine monströse Thatsache; es sei der nackte Hohn und die bare Rechtsverletzung gewesen. So gern er nun aber auch der abändernden Verfügung des jetzigen Kultusministers vom 29. Febr. 1872 seine Anerkennung widme, so enthalte sie doch noch empfindliche Lücken. Denn sie beschränkte sich darauf, eine Dispensation vom Besuche des Bollmann'schen Religionsunterrichts für zulässig zu erklären, sofern das königl. Provinzial-Schulkollegium oder die Regierung befände, daß ein genügender Ersatz für den Religionsunterricht der Schüler nachgewiesen sei. Von Rechts wegen müsse aber die einfache Erklärung der Eltern oder Vormünder der betreffen-

### Wilderich.

(Fortsetzung.)

Als Gottfried gegen Abend heimkam, sah er eigenthümlich nachdenklich aus; während er von seiner Botschaft berichtete, lag sein Auge forschend auf seinem Herrn.

„Was denkst du eigentlich, Gottfried?“ sagte dieser, dem es nicht entging; „ich sehe dir an, daß du kombinirst.“

„Ich kombinire“, versetzte Gottfried mit einem schlauen und doch ein wenig sorgenvollen Blick, „daß die junge Dame, der ich Ihr Billet und Ihren Strauß brachte, ein wenig betreten und bleich wurde, als sie das Billet gelese, und daß sie dann sagte, es hätte doch mit den Unterrichtsstunden ein Ende nehmen müssen, daß sie früher, als sie gebacht, eine Stelle in der Stadt antreten werde, und daß sie bei diesen Worten ganz eigenthümlich tropfend und verachtungsvoll die Lippen aufwarf. Dies kombinire ich mit dem Umstande, daß Sie mir gesagt haben, Sie würden ebenfalls von hier früher, als Sie vorgehabt, fortgehen und zur Stadt zurück — und da das Fräulein recht hübsch ist...“

„Ach — so kombinirst du vielleicht, ich wollte dort das Fräulein doch meine Anwesenheit übersehen?“

„Herr Imhof — Sie waren sonst kein Don Juan!“

„Wein ich das wäre, hätte ich mich wahrhaftig früher nach einem andern Repertoire umsehen müssen, ehrwürdiger Gottfried!“ unterbrach ihn Wilderich lächelnd. „Du kannst dich vollständig über die Sache beruhigen. Hilf mir jetzt, mich hier aus zehn angefangenen Geschäften loszuwinden, die mich festhalten. Ergülde einmal mit Claus, ob ich den Leuten, die sich zu kleinen Pachtungen gemeldet haben, willfahren kann, und schließe dann mit ihnen ab. Ich will unterdes bei den Handwerkern die Arbeiten, die ich anfangen ließ, beschleunigen, damit ich das Gut in einem Zustande verlassen kann, der mich nicht abschreckt, es über kurz oder lang wieder zu besuchen.“

Gottfried unterzog sich seinem Auftrage mit seiner gewöhnlichen zu-

verlässigen Gründlichkeit, und die Arbeiter arbeiteten mit ihrer gewöhnlichen Lässigkeit, jenem Phlegma des Dorfhandwerkers, bei dem der Satz, daß Zeit Geld ist, erst zu einer beschränkten Lehrmeinung, aber noch nicht zum Dogma geworden. So mußte Wilderich sich noch Tagelang in Geduld fassen, bis er endlich all die angepöbelten kleinen Fäden seiner neuen Existenz zerriß, eine Extrapost aus Laßfort kommen ließ und der rührenden Abschiedsrede zwischen Ferdinand und seinem neugewonnenen Freunde Claus dadurch ein Ende machte, daß er den kleinen Passagier in den Wagen hob und sich neben ihn setzte. Gottfried stieg auf den Bod neben dem Schwager, und Claus und Walburg sahen die neue Herrschaft mit sehr unklaren und unbestimmten, zwischen Freude und Behnlichkeit schwankenden Gefühlen davonfahren. Bei Walburg überwohlt die Behnlichkeit; ihr junger Herr war doch so ein schöner und freundlicher Mann, der die Eigenschaft hatte, nie zu rechnen, und, wie es vorkam, das Geld nicht einmal recht zu kennen — Claus aber rieb sich mit witterleuchtendem Gesicht die Hände — es war Alles in Allem genommen doch angenehmer, allein zu sein und allein den Verwalter zu spielen — und dieser Herr Imhof, ein Mensch ohne jeden Titel, ein bloßer Maler, mit Bedienten und Reitpferden und Banterrechnungen, war doch eigentlich eine feierliche Bewirung aller seiner Begriffe von richtiger Ordnung in der Welt.

Als Wilderich in die Provinzialhauptstadt zurückgekommen und sein altes Quartier hier wieder eingenommen hatte — Ferdinand, der ihm jetzt täglich unentbehrlicher geworden, in dessen Gepolde und Anschmiegsamem Wesen er eine sietz Erheiterung und anregende Berstreuung fand, mußte er hier an seine Mutter zurückdenken — grübelte er über die Art nach, wie er am besten eine erneute Annäherung an Hedwig suchte. Er konnte nicht wagen, offen zu ihr zu gehen und um eine Unterredung zu bitten; er konnte auch nicht zu ihrem Vater gehen und mit der Ueberreichung der beschafften Briefe einen erneuten Besuch in dessen Hause anzuknüpfen suchen — er wußte ja nicht, wie

dieser ihn aufnehmen werde — vielleicht war ja nur er es, der Hedwig's Willen bestimmt und ihre Entscheidung hervorgerufen hatte... so blieb nichts übrig, als an Hedwig zu schreiben.

Er schrieb ihr deshalb... der Brief wurde sehr, sehr lang. Er schüttelte ihr sein ganzes, jetzt von einer Leidenschaft, deren er sich früher selber nie fähig gehalten, erfülltes Herz aus. Er schilderte ihr mit der schlichten und doch so bereiten Kraft der Wahrheit die verzehrende und unmaschassende Qual, in welche ihre Antwort ihn gestürzt, die Qual des Grübelns über die Räthsel, die sie ihm durch ihre Ausdrücke aufgegeben, und seine völlige Kathlosigkeit, wie in solcher Qual weiter zu leben... er beschwor sie, ihm wenigstens eine Erklärung zu geben, ihm noch einmal eine Zwiegespräch zu gönnen; er wollte um zehn Uhr am Abend in dem kleinen, von dunklen Säulen überschatteten Parke sein, der sich an den von ihr besetzten Schloßhügel anschloß. Wenn sie heute nicht erscheine, werde er morgen, übermorgen ebenfalls da sein — an einem dieser Abende werde und müsse sie erscheinen — wenn nicht um einem Ertrinkenden die Hand zur Rettung zu bieten, doch schon um die Briefe, nach denen sie verlange, die in seinen Händen seien und die er nur persönlich in die ihrigen legen werde, zu erhalten — er werde nicht ablassen, Abends in dem kleinen Parke zu sein, bis sie ihm seine Bitte gewährt habe.

Der Brief wurde Gottfried übergeben — Wilderich deutete ihm an, wie viel ihm daran liege, daß er unmittelbar in Hedwig's Hände gelange, und er übernahm es, dafür zu sorgen — seinen Gedanken, daß er ja nun doch einmal etwas wie den Leporello zu spielen habe, wagte er nicht laut werden zu lassen — er sah, daß sein Herr nicht in der Stimmung war, die ihn für einen solchen Scherz empfänglich gemacht hätte. (Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 27. Nov. Dem „W. Sitang.“ zufolge hat der ordentliche Professor Dr. Hümpel an der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen die ihm zugegangene Anfrage wegen Uebernahme einer Professur an der Universität München abgelehnt.

den Schüler, daß der Volkstümliche Unterricht ihrem Religionsbekenntnisse nicht entspreche, die Befreiung vom Besuche dieses Unterrichts zur Folge haben, und unter allen Umständen sei es kraft des stiftungsmäßig katholischen Charakters des Gymnasiums zu Braunsberg geboten, daß ein vom Bischof anerkannter Religionslehrer an demselben angestellt werde. Was er fordere, sei kein Akt des Wohlwollens, sondern des klaren Rechts, das Jeder erkennen müsse, dessen Blick nicht durch eine langjährige Verbitterung getrübt sei. Er sei trotz aller Sympathien und Antipathien dennoch überzeugt, daß im Staate Preußen Recht bleiben müsse, was Recht sei. — Zu der Debatte melden sich vier Redner für, achtzehn gegen den Antrag zum Wort.

Kultusminister Dr. Falk: Auf die Angriffe gegen meinen Amtsvorgänger gehe ich nur so weit ein, als ich völlig aufrecht erhalte, was derselbe angeordnet hat; im Uebrigen halte ich mich nur an die gegenwärtige Sachlage. Der kurze Sinn des Hauptantrages des Abg. Reichensperger ist der: Dr. Wollmann läßt sich durch die mit allen Mitteln der katholischen Kirche ins Werk gesetzten Bemühungen des Bischofs von Ermeland nicht aus seiner Stellung vertreiben; der Antragsteller verlangt, daß die Staatsregierung dem Bischof zu Hilfe kommen soll. Ich kann ihm keine Aussicht eröffnen, daß die Staatsregierung seinem Verlangen nachkommt. (Beifall.) Das Gymnasium zu Braunsberg ist eine Staatsanstalt, Dr. Wollmann ist Staatsbeamter mit allen Rechten eines solchen; er darf verlangen, nur nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen vom Amt gebracht zu werden. Es ist lediglich und allein Sache der Staatsorgane, zu prüfen, inwieweit er Anlaß zu einem Disziplinarverfahren gegeben hat. Ich gebe zu, daß wenn die Staatsregierung die Ueberzeugung gewänne, Dr. Wollmann sei nicht mehr katholisch, sie die notwendigen Konsequenzen ziehen würde. Aber sie hat diese Ueberzeugung nicht, sie hält Wollmann noch für katholisch, und die große Ercommunication, welche der Bischof von Ermeland über ihn verhängt hat, kann sie in dieser Ansicht nicht erschüttern. Denn die Ercommunication ist ein völlig unabhängiges Vorgehen des Bischofs, auf welches die Staatsregierung nicht den geringsten Einfluß hat, und sie kann sich deshalb auch nicht an dieselbe binden. Die Wurzel aller bischöflichen Maßregeln gegen Wollmann liegt in seiner Stellung zu den Beschlüssen des vatikanischen Konzils. Nun existiren in der katholischen Kirche lebhaftere Streitigkeiten darüber, ob diese Beschlüsse in bindender Form zu Stande gekommen sind oder nicht. (Widerpruch im Centrum.) Es ist eine unbefreitbare Thatsache, daß Männer, welche bis dahin in der katholischen Kirche allgemein als Autoritäten anerkannt worden sind, das rechtsgültige Zustandekommen der vatikanischen Beschlüsse bestreiten. Die Staatsregierung, die sich auf realem Gebiete bewegt und sich nicht in theologische Streitigkeiten einlassen darf, muß diese Thatsache respektiren. Es ist mir in vergangener Session in der Unterrichtscommission entgegengehalten worden, darüber, was katholisch sei, entschieden die Bischöfe, und diese hätten sich dem Vatikanum unterworfen. Nun erkenne ich gegen die hochwichtige und beachtenswerthe Stellung der Bischöfe an, aber die Regierung hat doch unmöglich ihre Augen der Wahrnehmung verschließen können, wie die Mehrzahl der deutschen Bischöfe geschwankt hat (Hört!); sie kann die jüngsten Vorgänge in Bezug auf den Bischof von Rottenburg doch nicht übersehen. (Hört! hört!) Die Staatsregierung will und kann nicht entscheiden, was Dogma in der katholischen Kirche ist; eine solche Entscheidung verlangt aber der Hauptantrag Reichensperger und deshalb lehnt ihn die Regierung ab. Wollmann ist in ihren Augen noch katholisch und sie ist nicht in der Lage, ihn aus dem Amt zu entfernen. (Lebhafter Beifall.) Der Minister bekämpft nunmehr noch speziell die eventuellen Anträge Reichensperger's und schließt unter großem Beifall mit den Worten: Die Frage des Religionsunterrichts kann keine Ministerialverfügung, sondern nur ein Gesetz lösen.

Abg. Dr. Petri: Der Antrag bezweckt in seiner eigentlichen Tendenz die indirekte Anerkennung der Katholiken, welche sich dem Infallibilitätsdogma unterworfen haben, als der einzig und allein Berechtigten. Die gleiche Behauptung stellen aber auch wir Altkatholiken auf, wir sind ungleich Mitglieder der in Preußen anerkannten römisch-katholischen Kirche. Regierung so wenig wie Abgeordnetenhause kann sich als Glaubensgericht konstituiren, denn uns fehlen die Organe zur Aufstellung religiöser Wahrheiten. Ich beabsichtige lediglich die richtige Stellung der Altkatholiken im preussischen Staate zu fixiren. Ich will die entscheidende Frage dahin formuliren: sind die Altkatholiken rathlos vollberechtigte Mitglieder der seither staatslich anerkannten katholischen Kirche? Zunächst will ich konstatiren, daß diese Kirche sich noch in demselben Zustande befindet, in welchem sie sich bis zum 18. Juli 1870 befunden hat. Seitdem ist eine neue Anerkennung der katholischen Kirche in Preußen nicht erfolgt. Das Kriterium für die Entscheidung der Frage, ob ein Individuum dieser katholischen Kirche zugehört, können Sie doch unmöglich in dem inneren Glauben finden, Sie müssen es in äußeren Momenten suchen und zwar in zweien. Das erste besteht darin, daß ein Individuum die Taufe in der katholischen Kirche empfangen hat, und das zweite negative Moment ist, daß dieses Individuum seinen Austritt aus der katholischen Kirche nicht erklärt hat. Ich denke nun, man wird uns von jener Seite (auf's Centrum deutend) nicht die Billigkeit unserer Taufscheine bestreiten, und ich vermag meine Gefinnungsgenossen entschieden dagegen, daß wir jemals aus der katholischen Kirche ausgetreten seien, wir behaupten auf das Allerbestimmteste, daß wir uns innerhalb der katholischen Kirche befinden. (Widerpruch im Centrum.) Danach ist der Braunsberger Fall von der Regierung behandelt worden. Sie hat den Dr. Wollmann lediglich als Anhänger der in Preußen anerkannten katholischen Kirche betrachtet, und das muß auch für uns maßgebend sein. Wenn Sie von den Gegnern der Altkatholiken die Indifferenten und die trotz besserer Ueberzeugung sich, ohne zu glauben, blind Unterwerfenden abrechnen, so würde es sich fragen, auf welcher Seite die Majorität ist. (Widerpruch im Centrum, Bewegung links.) Nach meiner innigsten Ueberzeugung sind die Dogmen vom 18. Juli 1870 gar nicht religiöser Natur (Hört! hört! links), es handelt sich dabei lediglich um eine politische Frage. Es handelt sich um die alten Ansprüche der Bischöfe von Rom auf die beiden Schwerte, es handelt sich um die Gegensätze des germanischen und romanischen Geistes. Ich meine, daß es Zeit wäre, daß endlich das Gebiet des Staates von dem der Kirche geschieden werde, daß endlich der Staat die Erziehung und den Unterricht in der Schule allein in die Hand nehme, daß er den konfessionellen Unterricht aus der Schule verweise, daß er die Zulassung zum Lehramte nicht mehr an das Vorhandensein eines geistlichen Charakters und an die Zustimmung einer geistlichen Behörde knüpfen möge. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Schorlemer-Alst (ultramontan) vermahnt sich

gegen den „absolutistischen Nachspruch“ des Ministers, als ob das Unfehlbarkeitsdogma ein neues sei. Der schlimmste Absolutismus sei aber ministerielle mit konstitutionellen Ornamenten. Der Minister ließ auch Andeutungen fallen, daß die vatikanischen Beschlüsse nicht regelmäßig zu Stande gekommen wären. Die römisch-katholische Kirche ist längst einig darüber. Wenn die deutschen Bischöfe sich erst gegen das Dogma gestäubt haben, so geschah das nicht, weil sie an der Rechtmäßigkeit desselben zweifelten, sondern aus Opportunitätsgründen im Zweifel, ob die Proklamation damals zeitgemäß wäre. Zum Schluß wußte der Redner den Gegnern des Antrages ihre blinde „Aboration“ für den Fürsten Bismarck vor, ohne den sie „nicht mehr leben könnten“, während sie noch vor wenig Jahren von der „Seitwärts-Politik“ dieses Ministeriums gesprochen hätten, dem kein Großen bewilligt werden dürfte.

Abg. v. Bonin erklärt, daß er und seine Freunde, da die Worte der motivirten Tagesordnung „zur Zeit“ vielfach Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hätten, dieselben gern streiche, zumal mit ihnen gar kein Nebenplan verbunden sein sollte.

Abg. Brückel (hannoverscher Parikularist) tritt für die Rechtebefreiung des vatikanischen Konzils vom evangel. Standpunkt aus in die Schranken und beschuldigt den Kultusminister, daß er aus Intoleranz gegen Dr. Wollmann sich zur Intoleranz gegen die wahren Katholiken bestimmen lasse. Abg. Dr. Braun (Waldburg) sucht dem Abg. Reichensperger klar zu machen, daß er mit seinem Antrage und seinem Vortrage das Abgeordnetenhause zum Urtheil über dogmatische Fragen provoziert habe. Der Antrag selbst sei, soweit er begründet, gegenstandslos und grundlos, soweit er thalassischen Anhalt habe. Der Minister habe durch seinen Erlaß vom 29. Februar d. J. die Forderungen erfüllt, die Hr. Reichensperger in seinem früheren Antrage erhoben habe; gegen den jetzt bestehenden Zustand seien von seiner Seite Beschwerden erhoben worden. Der Staat habe keine Veranlassung, sich zum Büttel der Kirche zu machen und Dr. Wollmann aus seinem Amte zu entfernen. Redner schließt unter lebhaftem Beifalle mit dem Wunsche, daß die zwischen Staat und Kirche streitigen Fragen durch ein allgemeines Gesetz geregelt werden möchten, welches allen Religionsgesellschaften friedlich neben einander zu wohnen ermöge.

Nach Schluß der Debatte folgten persönliche Bemerkungen; Abg. Reichensperger blieb dabei stehen, daß die von ihm angeregten Fragen nicht dogmatischer, sondern wesentlich juridischer Natur seien. In namentlicher Abstimmung wurde die motivirte Tagesordnung, die zwischen den verschiedenen Fraktionen vereinbart worden war (und in welcher die Worte „zur Zeit“ gestrichen waren), mit 264 gegen 83 Stimmen angenommen; die Minorität bestand aus Ultramontanen, Polen und einigen Konservativen.

Berlin, 28. Nov. (D. Reichs-Anz.) Ihre Maj. die Kaiserin-Königin wird von Koblenz am 2. Dez. abreisen, in Karlsruhe und Weimar Besuche abstatuen und am 5. Dez. in Berlin eintreffen.

### Italien.

Rom, 25. Nov. (A. Ztg.) Das geheime Konfistorium sollte dem Papst als Anlaß dienen, über die im Abgeordnetenhause gemachte Vorlage des Gesetzentwurfs betreffs der Unterdrückung der geistlichen Orden in feierlicher Weise sich auszusprechen. Da nun der Beginn der Beratungen darüber noch länger auf sich warten lassen wird, so glaubte man auch im Vatikan nicht eilen zu müssen. Das Konfistorium soll in der ersten Woche Dezembers gehalten werden, wahrscheinlich aber ohne Allokution.

### Frankreich.

Paris, 27. Nov. (Köln. Ztg.) Die Aufregung hier wie im ganzen Lande ist sehr groß. Ueberall werden Adressen an Thiers unterzeichnet. Die in Beauvais aufgelegte Adressenliste ist bereits mit mehreren Tausenden von Unterschriften bedeckt. Aus Clermont kam eine von 1500 Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Ueber den Ausgang der Krise läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Jede der beiden Parteien (beim augenblicklich gibt es nur noch zwei, nämlich Republikaner und Monarchisten) rechnet mit Bestimmtheit auf den Sieg. Thiers wird keine Vorträge an die Nationalversammlung richten, sondern morgen selbst sprechen. Das soll sein fester Entschluß sein. Alle parlamentarischen Vereine hielten heute wieder Sitzung. Das linke Centrum soll beschließen haben, morgen nach der Diskussion seinen Gesetzentwurf über die Reformen auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Die Redaktion der Tagesordnung hat sich die Regierung vorbehalten. Es ist noch nicht fest abgemacht, ob in derselben nur ein Vertrauensvotum verlangt oder auch von den Verfassungsreformen die Rede sein soll. Obwohl die Dinge so weit gediehen sind, versuchen noch einige Deputirte eine Verschönerung herbeizuführen und wollen morgen in einer Tagesordnung die Ernennung einer Kommission vorschlagen, die einen Gesetzentwurf für die Ministerverantwortlichkeit und die Verfassungsreform auszuarbeiten hätte. Dieser Versuch wird aber wahrscheinlich mißlingen. Die Sprache der republikanischen Blätter gegen die Royalisten ist äußerst heftig. Die royalistischen Blätter mahnen die Majorität zur Entschlossenheit und fordern Thiers auf, sich der Rechten anzuschließen. Die republikanische Linke hielt heute Versammlung und beauftragte ihren Vorstand, mit den übrigen Vereinen der Linken eine Verständigung zu erzielen. Das linke Centrum faßte einen ähnlichen Beschluß. Mehrere Mitglieder des rechten Centrums sollen bereits von Batbie abgefallen sein und nicht mitstimmen wollen.

Paris, 28. Nov. Das linke Centrum verließ gestern unter dem Voritze des Hrn. Ricard über die der Kommission Kerdel und den Monarchisten gegenüber in der heutigen Sitzung einzunehmende Haltung. Hr. Caf. Périer meinte, falls von Seiten der Regierung oder der Minorität der Kommission Kerdel kein Schritt geschehe, so müsse das linke Centrum eine Tagesordnung in Form eines Amendements oder eines konstitutionellen Gegenprojekts einbringen. Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich die Hrn. v. Malleville, Delarue, Lesèvre-Pontalio, R. Brice, Picard und Berenger beteiligten, resumirte der Vorsitzende die Debatte und stellte folgende zwei Fragen auf:

1) Wie wird das linke Centrum behufs Redaktion eines Amendements zu dem Antrage der Kommission Kerdel vorgehen? 2) Wann und wie wird der vom linken Centrum ausgehende Antrag, betreffend die konstitutionellen Reformen, eingebracht werden? Bezüglich der ersten Frage beschloß die Fraktion einstimmig, daß die Hrn. C. Périer, Raouloulay und Picard mit dem Bureau gemeinschaftlich ein Amendement abfassen sollen, welches das linke Centrum nur dann einreichen wird, wenn dies nicht von Seiten der Minorität der Kommission Kerdel selbst geschehen würde. Hinsichtlich der zweiten Frage wurde entschieden, daß der vom linken Centrum ausgehende Antrag unmittelbar nach der Berathung des Batbieschen Berichts eingereicht werden solle.

Die republikanische Linke (Präsident Alb. Grévy) beschloß, einfach mit der Regierung zu gehen und über den Modus dieses Zusammengehens die Ereignisse entscheiden zu lassen.

Die republikanische Union (äußerste Linke) will sich einem einfachen Vertrauensvotum für die Regierung anschließen, dagegen jede Herbeiziehung der konstitutionellen Fragen in dieses Votum bekämpfen.

Dies im Allgemeinen der Stand der Frage in dem Augenblicke, wo die entscheidenden Debatten beginnen sollen. Nach unzähligen Bindungen und Krümmungen steht Hr. Thiers genau an demselben Punkte, wie bei Beginn der Session: er muß entweder eine Gruppe des rechten Centrums zu sich herüberziehen oder sich der äußersten Linken gefangen geben. Auch die pfiffigste Zweideutigkeit hat ihre Grenze und Hr. Thiers wird heute den gemäßigten Konservativen ganz reelle Konzessionen machen oder die Idee aufgeben müssen, eine konservative Republik zu gründen. Daß er ein Vertrauensvotum erringt, ist jetzt ungewiß; die entscheidende Frage ist nur, ob er dasselbe einem Bruchtheil des rechten Centrums oder dem durchaus ephe-meren Bestande der äußersten Linken zu verdanken haben wird.

Der Graf v. Kisseleff, ehemaliger Botschafter des Czaren in Paris, ist vorgestern Abend hier selbst im Alter von 84 Jahren gestorben.

### Badische Chronik.

\* Karlsruhe, 29. Nov. Dem Vernehmen nach haben Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin zu der hiesigen Sammlung für die durch die Sturmfluth beschädigten Bewohner des Oberrheins 1000 Thlr. zu spenden geruht.

\* Karlsruhe, 28. Nov. Heute fand die ordentliche Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe statt. Nach den von dem Vorsitzenden des Vorstandes, Hrn. Laug, und dem technischen Direktor, Hrn. Schadt, gemachten Mittheilungen belief sich die Gesamtproduktion der Fabrik vom 1. Juli 1871 bis 30. Juni 1872 auf 1,345,314 fl. 26 kr. und bestand im Wesentlichen aus 60 Lokomotiven, 180 Güterwagen, 133 Kanonen und verschiedenen Gegenständen für Private und Eisenbahnen. Der hiermit erzielte reine Nutzen belief sich nach Abzug der sehr bedeutenden Kosten für Reparaturen, Neubauten und Anschaffungen, sowie nach Dotirung der Arbeiter-Unfallversicherung auf 161,677 fl. 39 kr., welcher die Vertheilung einer Dividende von 70 fl. für jede Aktie ermöglichte.

Sowohl das abgeschlossene, als auch das laufende Geschäftsjahr bezeugen eine erfreuliche Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Fabrik die in der erheblich vermehrten Produktion, sowie in dem Umfange ihres Ausdrucks findet, daß der nichtbringende Betrieb durch Bestellungen, welche sich auf über 4 Millionen Gulden beziffern, für mehrere Jahre gesichert ist.

Es dürfte zu erwähnen sein, daß im abgeschlossenen Rechnungsjahre auf einem günstig gelegenen, der Maschinenbau-Gesellschaft gehörigen Grundstücke eine Preisfalle zu dem Zweck erbaut wurde, um ihren Arbeitern während der Mittagszeit einen gegen die Unbillen der Witterung geschützten Aufenthaltsort zu bieten. Ferner ist die Verwaltung angefaßt der hiesigen empfindlichen Wohnungsnothwendigkeiten dazu geschritten, deren Abhilfe aus eigenen Mitteln zum Vortheile ihrer Arbeiter zu erwirken, und hat zu dem Ende ein an dem Beiertheimer Wege vor dem Karlsruher günstig gelegenes Grundstück erworben behufs Erbauung von Wohnhäusern. Vier derselben stehen bereits unter Dach, werden im nächsten Frühjahr bezogen werden können, und für die Erbauung einer weiteren Anzahl solcher Häuser ist der Betrag von 25,000 fl. bewilligt worden.

Mit Rücksicht auf die umfangreichen Aufträge und um die Leistungsfähigkeit der Fabrik, welche gegenwärtig über 1000 Arbeiter beschäftigt, entsprechend zu erhöhen, wurde endlich eine Vergrößerung des Establishments mit einem Aufwande von 250,000 fl. und eine entsprechende Vermehrung des Aktienkapitals beschloffen.

Sforzheim, 27. Nov. (Hf. Beob.) Der Spitzheber Schwinkel reichte selbst bis hierher. Wie vernehmen nämlich, daß ein hiesiger Dienstbote ebenfalls eine Forderung im Betrage von 100 fl. an das betreffende sog. Bankgeschäft zu machen hat. — Heute Mittag wurde oberhalb der Altkatholischen Brücke am rechten Ufer eine mässliche Reiche gelandet. Wie wir so eben hören, ist es der Leichnam des Steinbauers Franz Sakas von Alsenborn, welcher seit 14 Tagen vermißt wurde.

Heidelberg, 28. Nov. In der letzten Gemeinderathssitzung beschloß man: Da Hr. Ingenieur Bürkli von Zürich, welcher auf Einladung des Gemeinderaths zur Untersuchung und Besprechung des hiesigen Kanalisationswesens, bezug. Abgabe eines beschlagigen Gutachtens im Anfang dieses Monats hiesher zu kommen versprochen, bis jetzt nicht dahier eingetroffen ist, soll an diesen Herrn die Anfrage gerichtet werden, ob und wann er diese Untersuchung vorzunehmen gedenke, da alle Vorbereitungen hieszu getroffen sind und die Sache nicht mehr länger verschoben werden kann.

# Mannheim, 24. Nov. Nachdem die badische Gesellschaft für Zuckerraffination (Waghäuser) einen für den Geschmack ihrer Aktionäre etwas zu langen Winterschlaf gehalten, ist sie in Folge der technischen Verbesserungen nun schon zum dritten Male in der Lage gewesen, eine sehr ansehnliche Dividende zu ge-



